



MINISTRY OF SCIENTIFIC AND TECHNOLOGICAL DEVELOPMENT AND HIGHER EDUCATION  
THE PUBLIC INSTITUTION  
CENTRE FOR SOCIO-POLITICAL RESEARCH OF THE REPUBLIC OF SRPSKA

---

Nummer: I-112/24  
Datum: 22. April 2024

**An die geehrten Mitgliederinnen und Mitglieder des Deutschen Bundestages,**

**Betreff: Dringender Aufruf zur formellen Anerkennung und Gedenken des Völkermords an den Serben im Unabhängigen Staat Kroatien**

Sehr geehrte Mitgliederinnen und Mitglieder des Bundestags,

Der 22. April markiert einen feierlichen Anlass in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Menschenrechte – einen Tag, an dem im Jahr 1945 die letzte Gruppe von Insassen im Konzentrationslager Jasenovac, oft als das "Auschwitz des Balkans" bezeichnet, einen verzweifelten und heldenhaften Durchbruch zur Freiheit machte und sich dafür entschied, dem Tod, dem Weiterleiden von unvorstellbaren Schrecken zu entkommen. Dieser Tag gilt als Gedenktag an den Völkermord an den Serben, Juden und den Roma, dass unter dem brutalen Regime des Unabhängigen Staates Kroatien (NDH), der unter der politischen und militärischen Kontrolle Hitler-Deutschlands stand, begangen wurde.

Ich schreibe Ihnen nicht nur als Leiter einer Behörde, die unter anderem, ein Mandat zum Erhalt der Erinnerungskultur innehat, sondern auch als einer seit 2005 von Yad Vashem zertifizierter Holocaust-Lehrbeauftragter und direkter Nachkomme der Opfer des Völkermordes an der serbischen Bevölkerung im Unabhängigen Staat Kroatien. Dieser Brandbrief zielt darauf ab, ein tiefgreifendes moralisches Versagen und eine anhaltende Nachlässigkeit in unserer historischen Erzählung anzusprechen, die weiterhin Schmerzen bei Überlebenden und ihren Familien über Generationen hinweg verursachen.

Unter der Schirmherrschaft des NS-Regime führte die NDH einen schrecklichen Plan zur systematischen Vernichtung von etwa zwei Millionen Serben in ihrem Territorium durch – ein Drittel zu töten, ein weiteres Drittel zu vertreiben und den Rest durch Zwangs-Katholisierung zu Kroatisieren. Diese Völkermörderische Agenda wurde zusammen mit der brutalen Verfolgung von Juden und Roma/Sinti in denselben Gebieten durchgeführt - alles unter deutscher Aufsicht und Mittäterschaft. Die 1,1 bis 1,3 Millionen geschätzten serbischen Opfer dieses Völkermords spiegeln eine katastrophale Zeitperiode der gezielten Zerstörung wider, mithilfe der ideologischen und politischen Unterstützung und Beaufsichtigung von Hitler-Deutschland.

Diese grausame Völkermörderische Politik, die auf die Auslöschung und Assimilation der serbischen Bevölkerung abzielte, wurde umfassend von einer Reihe glaubwürdiger Quellen analysiert und bestätigt – einschließlich Raphael Lemkin, dem Architekten der Völkermordkonvention, den Verfahren der Nürnberger Prozesse und zahlreichen führenden Wissenschaftlern weltweit. Diese Bewertungen erläutern detailliert Deutschlands politische, militärische und ideologische Mittäterschaft und Verantwortung in diesen Verbrechen.

Dieser Völkermord, wie andere auch, sollte unter den Richtlinien der Konvention der Vereinten Nationen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes anerkannt werden. Die Weltgemeinschaft, einschließlich Deutschlands, hat die Verantwortung solche Verbrechen anzuerkennen, um deren Wiederholung zu verhindern und die Menschenrechte weltweit zu wahren.

Bis heute ist das Fehlen einer formellen Anerkennung dieses Völkermords durch Deutschland eine fortlaufende Ungerechtigkeit, die die Wunden der Vergangenheit vertieft. Diese Unterlassung könnte als diskriminierender Akt wahrgenommen werden, der alte Vorurteile und Serbophobie widerspiegelt — ein Hinweis darauf, dass slawische und serbische Leben als minderwertiger angesehen werden, eine schmerzhaft Erinnerung an die von der NS-Ideologie verbreiteten rassistischen Hierarchien.

Deutschland hat aufgrund seiner historischen Rolle eine einzigartige Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen, um ein tiefgreifendes Verständnis dieser dunklen Kapitel der Geschichte zu fördern und eine Atmosphäre der Toleranz und Gerechtigkeit zu schaffen.

Schweren Herzens muss ich auf einen beunruhigenden Widerspruch in der Politik der Bundesrepublik hinweisen. Während Deutschland lobenswerterweise Initiativen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstützt hat, um andere jüngste Massenverbrechen zu erkennen und zu verurteilen, scheut es gleichzeitig vor einer vollständigen und transparenten Auseinandersetzung mit seinen eigenen historischen Sünden und der Verantwortung für den Völkermord an den Serben im NDH zurück. Diese selektive Erinnerung untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik auf der internationalen Bühne, sondern beeinträchtigt auch ihre moralische Autorität, weltweit für Menschenrechte und Gerechtigkeit einzutreten.

Indem Sie diese Teile Ihrer Geschichte nicht anerkennen, könnte es scheinen, als würde Deutschland sich hinter einer Fassade selektiver Erinnerung verstecken und sich weigern, den schmerzhaften, aber notwendigen Weg einer vollständigen historischen Versöhnung vollständig zu beschreiten. Diese Wahrnehmung von Heuchelei ist besonders bewegend und schädlich, sowohl zu Hause als auch international, da sie eine Fortsetzung alter Ideologien und Vorurteile unter neuen Vorwänden andeutet.

Angesichts all dessen, fordere ich respektvoll den deutschen Bundestag auf, dieses Versäumnis zu korrigieren und schnellstmöglich eine Resolution zu verabschieden, die den Völkermord an den Serben im NDH formal anerkennt und den 22. April als nationalen „Gedenktag an den serbischen Völkermord“ mit einem Bildungsprogramm im Lehrplan etabliert. Diese Maßnahme

würde nicht nur die deutsche Innenpolitik mit ihrer internationalen Menschenrechtshaltung in Einklang bringen, sondern auch das Engagement für die Anerkennung aller Opfer vergangener Gräueltaten stärken und deren Diskriminierung aufgrund ihrer kulturellen Identität endlich aufheben.

Unsere Behörde ist verpflichtet, diese Ursache mit Bildungsprogrammen, Forschung und öffentlicher Aufklärungsarbeit zu unterstützen, um sicherzustellen, dass die Wahrheit dieses dunklen Kapitels der Geschichte vollständig anerkannt und erinnert wird. Wir stehen bereit, jede notwendige Unterstützung zu leisten, um diesen wichtigen Akt der Anerkennung zu erleichtern.

Darüber hinaus bitte ich respektvoll darum, über alle parlamentarischen Maßnahmen oder Entscheidungen in Bezug auf dieses Thema informiert zu werden. Es ist entscheidend für den Heilungsprozess, dass alle beteiligten Parteien über die Schritte informiert sind, die unternommen werden, um diese historischen Ungerechtigkeiten anzugehen.

Während wir jene ehren, die am 22. April 1945 mutig für ihre Würde und ihr Leben gekämpft haben, lassen Sie uns auch geloben, die Werte, für die sie gekämpft haben, hochzuhalten. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung und darauf, einen entscheidenden Moment in unserer gemeinsamen Geschichte zu erleben, in dem Deutschland seine Vergangenheit anerkennt und korrigiert und seine Widmung an Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung beweist.

Mit freundlichen Grüßen,



DIREKTOR

Dušan Pavlović